

Die beste Bildung für alle

Die wichtigsten Thesen und Inhalte im Überblick

Verantwortung für die Zukunft:

Für die SPD ist Bildung ein öffentliches Gut. Ein verantwortungsvoller Staat garantiert Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum ersten qualifizierenden Hochschulabschluss.

Wir wollen ein Bildungssystem, das Chancengleichheit schafft und jeden jungen Menschen in die Lage versetzt, das Optimum an persönlicher Bildung zu erreichen.

Dabei ist für uns die deutsche Sprache der Schlüssel zur Integration und für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen - im besonderen Maße für die mit Migrationshintergrund, aber auch für Erwachsene, die zugewandert sind.

Wir brauchen mehr öffentliche Anerkennung und Wertschätzung all der Menschen, die in unseren Bildungseinrichtungen arbeiten.

Kindertageseinrichtungen: Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Deshalb garantieren wir den Rechtsanspruch für jedes Kind auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr.

Das letzte Kindergartenjahr soll verpflichtend für alle sein.

Die Ganztagsangebote müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Jedes Kind wird nach einem individuellen Bildungsplan gefördert. Dafür brauchen unsere Erzieherinnen und Erzieher mehr berufliche Qualifizierung. Andere Berufe (z.B. Logopäden, Psychologen, Sozialpädagogen) sollen zukünftig stärker in die frühkindliche Bildung eingebunden werden.

Schule mit Zukunft: Wir wollen das Schulsystem reformieren

Wir wollen längere gemeinsame Lernzeiten mit besserer individueller Förderung.

Wir wollen wohnortnahe Schulen erhalten.

Dabei setzen wir auf den gesamtgesellschaftlichen Konsens, die Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und schlagen die Einrichtung der Gemeinschaftsschule vor, die wir flächendeckend und verbindlich einführen wollen. (siehe beigefügte Grafik)

Die Sekundarstufe II soll in Oberstufenzentren organisiert werden, die in zwei oder drei Jahren auf das Abitur vorbereiten.

Bildungsganztag: Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit für alle Kinder ausbauen

Wir werden auch in der Sekundarstufe I für einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsplätze sorgen.

Dafür benötigen wir ein eigenes mehrjähriges Landesinvestitionsprogramm.

Wir setzen in allen Ganztagschulen weiterhin auf die bereits in der Grundschule bewährte Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Kultur und Sport.

Selbstständige Schule: Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken Bildungslandschaften stärken.

Wir gehen dabei von einem neuen Steuerungsverständnis unseres Schulsystems aus:

Das Land definiert die Rahmenbedingungen über die Entwicklung von Qualitätskriterien für gute Schulen, die Definition von Standards und Kerncurricula. Das Land überprüft in regelmäßigen Abständen die Leistungen aller Schulen.

Die Schulen bekommen organisatorische, personelle und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten, um die definierten Ziele zu erreichen.

Die Unterstützungsstrukturen für unsere Schulen werden durch ein reformierte Schulaufsicht und durch regionale Bildungsbüros gesichert.

Dem Landtag wird ein jährlicher Bildungsbericht vorgelegt.

Berufsausbildung: Wir können und dürfen es uns nicht erlauben, dass auch nur ein junger Mensch in NRW ohne abgeschlossene Ausbildung bleibt.

Wir setzen weiterhin, darauf, dass die Wirtschaft ihrer Verantwortung im Dualen System der Berufsausbildung nachkommt. Aus Verantwortung für unsere jungen Menschen unterstützen wir eine aktivierende Berufsbildungsfinanzierung mit unserem Modell „2x2000“.

Daneben wollen wir die Berufskollegs als staatlich verantwortete zweite Säule der Berufsausbildung zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen.

Wir streben die Anerkennung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge bei den Kammerprüfungen an.

Für uns gilt die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Weiterbildung: Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen

Wir fördern das Prinzip der zweiten Chance zur Erlangung eines Schulabschlusses.

Wir fordern ein Gütesiegel für unsere Weiterbildungseinrichtungen.

Auf dem Hintergrund zunehmender Politikverdrossenheit bekennen wir uns zur besonderen Bedeutung der politischen Bildung – sowohl in der Schule als auch in der Weiterbildung.

Lehrerausbildung: Wir wollen die Lehrerausbildung durch Bachelor und Master an „pädagogischen Zentren“ reformieren.

Voraussetzung für eine gute Lehrerausbildung ist ein verbindliches „Lehrerprofil“.

Wir wollen die Lehrer und Lehrerinnen auf das Prinzip der individuellen Förderung verpflichten.

Wir müssen die frühzeitige Berufseignung in entsprechenden schulpraktischen Phasen des Studiums prüfen.

Zwischen der ersten Phase (Bachelor) und der zweiten Phase („pädagogischer Master“) muss eine enge Verknüpfung von Theorie, Übung und Praxis gewährleistet sein.

Wir wollen Pädagogische Zentren an den Universitäten weiterentwickeln und stärken, an denen sowohl die methodischen didaktische Ausbildung von Lehrer/innen geleistet wird, als auch Kompetenzen für die Besonderheiten der Pädagogik in der frühkindlichen Bildung.

Die Langfassung kann abgerufen unter www.nrwspd.de

Unser bildungspolitischer Fahrplan bis zum 25. August 2007

September/ Oktober 2006

- Diskussion erster Eckpunkte und Leitfragen auf Landesebene im
 - Gewerkschaften/ Verbänden
 - Wirtschaft und Handwerk
 - Kommunale Spitzenverbände
 - Kirchen/ Freie Wohlfahrtspflege
 - Schulleiter/innen/ Schulaufsicht
 - Eltern, Schülern und Jugendverbänden
 - Wissenschaft

18. November 2006 – Zukunftskonvent

- Vorstellung und Diskussion eines ersten bildungspolitischen Eckpunktepapiers

Februar/März 2007

- 2. März 2007: Beschluss Landesvorstand zu den bildungspolitischen Grundsätzen der NRWSPD
- Vorstellung der bildungspolitischen Offensive und ihrer Inhalte auf 5 Regionalkonferenzen (24. Februar Mülheim, 3. März Münster, 14. März Kamen, 20. März Detmold, 24. März Köln)

Mitte April bis Mitte Mai 2007

- Diskussion und Dialog innerhalb der Partei und mit der interessierten Öffentlichkeit vor Ort

Mitte Mai 2007

- Auswertung der Diskussionen und des Dialogs
- Erarbeitung des Leitantrags

1. Juni 2007

- Beschluss des Leitantrags im Landesvorstand

25. August 2007

- Beschluss des Landesparteitags